



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## „Schmidts Berliner Brief“ 10/14

### I. Das Wichtigste zuerst

#### 1. Das Rentenpaket steht

Die Mütterrente, unsere zentrale Zusage, wird kommen. Außerdem: Zur Flankierung der Rente mit 67 werden Erwerbsminderungsrenten verbessert und das Reha-Budget aufgestockt.

Bei der **abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren** konnten wir eine Reihe von Verbesserungen erreichen, die wir in intensiven Beratungen durchgesetzt haben: **Wir schließen das Tor zur Frühverrentung.** Die Anrechnung von Arbeitslosengeld wird durch einen **rollierenden Stichtag** begrenzt. Dieser orientiert sich am individuellen Renteneintrittsalter. **Zwei Jahre Arbeitslosigkeit vor dem 63. Lebensjahr bleiben unberücksichtigt.** Wer kurz vor Rentenbeginn unverschuldet arbeitslos wird, wird aber nicht benachteiligt. Es wird Ausnahmen bei Arbeitslosigkeit durch Betriebspleiten geben. **Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe und von Leistungen der Grundversicherung für Arbeitssuchende werden nicht angerechnet.**

**Selbständige, insbesondere Handwerker,** bleiben nicht von der Rente mit 63 ausgeschlossen. Wir haben durchgesetzt, dass sie mit berücksichtigt werden, wenn sie nach 18 Jahren Pflichtbeitragszahlung in die freiwillige Versicherung gewechselt sind. Auch hier werden Arbeitslosigkeitszeiten zwei Jahre vor Rentenbeginn nicht angerechnet.

Die Entwicklung zur Rente mit 67 wird verzögert,

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!  
Gleich zwei Erfolge gab es diese Woche: Anpassung des Rentenpakets und Anbauverbot gentechnisch veränderter Pflanzen! Der Anbau von Genpflanzen in Deutschland kann verhindert werden. In einer nammentlichen Abstimmung haben wir für die Aufnahme nationaler Veto-Rechte in die „Gentechnik-Richtlinie“ der EU gestimmt. Ich freue mich, dass durch den Vorstoß der Südwest-CDU eine Einigung im Sinne der Mehrheit erzielt werden konnte.*

*Die abschließende Verständigung der Koalition auf das Rentenpaket im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens hat sinnvolle und vor allem wichtige Änderungen zur Folge. Dass beispielsweise freiwillig Versicherte von der Rente 63 ausgeschlossen werden sollten, war von Beginn an nicht schlüssig und schlichtweg falsch. Das haben wir nun korrigiert.*

*Beeindruckend und faszinierend war für mich der Besuch der wichtigsten Luft- und Raumfahrtmesse der Welt, der ILA Berlin Air Show, der im Rahmen eines Delegationsbesuches des Verkehrsausschusses stattfand.*

*Eine wichtige Mitteilung zum Schluss: Am kommenden Dienstag, dem 27. Mai, findet meine erste [Bürgersprechstunde](#) (s. 4) im Wahlkreisbüro statt, zu der ich interessierte Bürgerinnen und Bürger herzlich einladen möchte!*

*Ihre*

nicht aber gestoppt oder gar umgekehrt. Das Eintrittsalter in die abschlagfreie Rente steigt schrittweise an, bis ab 2029 wieder erst wie bisher mit 65 Jahren ohne Abschläge in Rente gegangen werden kann. Die Rente mit 63 wird schrittweise wieder zur Rente mit 65.

Unser Land braucht junge Menschen, die sich etwas zutrauen. Wir brauchen aber ebenso die Älteren, die über einen großen Erfahrungsschatz verfügen. Deshalb kommt die **Flexi-Rente**. Sie ist Bestandteil des Konsenspakets. Wer das Rentenalter erreicht, scheidet heute in der Regel aus dem Arbeitsverhältnis aus und geht in den Ruhestand. Wesentliches Hindernis zur Fortsetzung der Beschäftigung auch nach Erreichung der Regelaltersgrenze sind Paragraphen. Dieses Hindernis räumen wir aus. **Wer länger arbeiten kann und will, kann künftig mit seinem Arbeitgeber einvernehmlich eine Weiterbeschäftigung für einen von vorneherein bestimmten Zeitraum vereinbaren, auch mehrfach.** Wir zwingen den Menschen den Ruhestand künftig nicht mehr auf. Und die Betriebe brauchen die Älteren mehr und mehr. Die Flexi-Rente bringt beide Wünsche in Übereinstimmung.

Auf diesem Weg gehen wir weiter: Eine **Arbeitsgruppe „Flexible Übergänge in den Ruhestand“** wird sich bis zum Herbst mit diesen Fragen befassen und sie verbindlich klären, damit wir zu gesetzlichen Lösungen kommen. Unsere Vorstellung: Jeder bestimmt soweit wie möglich selbst, wann er in Rente geht. Wer früher geht, bekommt weniger Rente, damit es nicht auf Kosten der Allgemeinheit geht, weil jemand kürzer in das Rentensystem einzahlt und früher in Rente geht. Umgekehrt bekommt mehr Rente, wer später geht. Jedes Jahr, das weitergearbeitet wird ohne Rente zu beziehen, bringt mehr Rente. Klar ist aber, dass ein Rentner nicht volles Arbeitsentgelt plus Rente erhalten kann.

## 2. Anbauverbot gentechnisch veränderter Pflanzen – Selbstbestimmung und Wahlfreiheit



**Jeder Mitgliedstaat soll den Anbau von genveränderten Pflanzen auf seinem Gebiet untersagen können.** Durch einen Vorstoß der Südwest-CDU ist die Einigung in der Koalition möglich geworden. Der CDU-Landesparteitag hatte im März auf Antrag der CDU Südbaden die Forderung nach einem Gen-Vetorecht beschlossen. Auf dem Bundesparteitag im April setzten wir die Aufnahme der Position in das Europawahlprogramm der CDU durch. Mit dem Gen-Vetorecht wird eine Regelung korrigiert, die 2002 die damalige Landwirtschaftsministerin Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) in der EU mitgetragen hatte. In der „Gentechnik-Richtlinie“ wurde damals verankert, dass grundsätzlich jeder Landwirt in Europa zugelassene gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen darf, ohne dass der Staat das verhindern kann. Mit der Neuregelung kann der Anbau von Genpflanzen nun dauerhaft verboten werden. Damit tragen wir den Sorgen und Vorbehalten der Menschen Rechnung. Den **Antrag** der Union und SPD finden Sie [hier](#)

## II. Die Woche im Parlament

**1. Gesetz zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen.** Wir bringen den Gesetzentwurf als Koalitionsinitiative parallel ein, um die Neuregelung der EEG-Umlage für stromintensive Unternehmen, die im bereits eingebrachten EEG-Änderungsgesetz noch nicht enthalten war, zu beschleunigen. Grundlage der gesetzlichen Neuregelung bilden die abgeschlossenen beihilferechtlichen Verhandlungen

gen der Bundesregierung mit der EU-Kommission. Demzufolge können stromintensiven Unternehmen, deren Wettbewerbsfähigkeit durch die volle EEG-Umlage erheblich beeinträchtigt wird, weiterhin Rabatte gewährt werden.

**2. Verordnung zur Änderung der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung -16. BImSchV).** In der Novelle der Verkehrslärmverordnung erfolgt unter anderem eine Anpassung an die im letzten Jahr erreichte Streichung des sogenannten Schienenbonus‘ von 5 dB(A). Um diesen Pegel durfte Schienenlärm den Straßelärm bis 2013 übersteigen. Der Wegfall zieht nun ggf. neue Schallschutzmaßnahmen nach sich. Des Weiteren wird die Verordnung mit Blick auf die seit 1990 erreichte Fortentwicklung des Eisenbahnbereiches mit Blick auf Fahrzeug- und Fahrbahnbauarten ergänzt. Gegenstand der Änderung ist die genauere Anpassung der akustischen Eigenschaften der Schallquellen (Fahrzeuge, Fahrbahnen) sowie der Schallausbreitung an den Stand der Technik.

### III. Sonstiges

#### Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA Berlin Air Show 2014)



Als stellv. Mitglied des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur nahm ich am Parlamentariertag auf der ILA teil und war hin und weg von der Technik. Als jemand, der selber Jahre lang in einem mittelständischen Unternehmen mit Technik zu tun hatte und an der Entwicklung und Optimierung neuer Technologien und Systeme beteiligt gewesen ist, war es für mich eine große Freude, die technischen Errungenschaften unserer Industrie hautnah mitzuerleben. Dementsprechend beeindruckend und überwältigend war der Besuch für mich.

## IV. Aktuelle Termine/Hinweise

### 1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner ersten Bürgersprechstunde

**am Dienstag, dem 27. Mai, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstraße 18, Waldshut-Tiengen, ein.**

**Sie können mich außerdem unter der Tel.:**

**+ 49 – (0)7741 – 835 26 05 erreichen.**

**Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche!**

Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

### 2. Kommunal- und Europawahl

**Am kommenden Sonntag, dem 25. Mai 2014, ist Kommunal- und Europawahl!**

Auch ich möchte Sie an dieser Stelle herzlich bitten:

**Gehen Sie zur Wahl!**



**Die Kommunalwahl** ist eine Persönlichkeitswahl. Bei keiner anderen Wahl ist der Einfluss der Wählerinnen und Wähler größer als bei der Kommunalwahl! Kommunen sind die kleinsten demokratischen Einheiten in unserem Staat. Die Kommunalpolitik hat unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen in den Gemeinden. Zum ersten Mal dürfen am 25. Mai auch die 16- und 17-jährigen Jugendlichen aktiv wählen. Die Herabsetzung des Alters für das aktive Wahlrecht ist ein richtiges und wichtiges Signal an die Jugendlichen, die sich mit 16 Jahren am Gemeindeleben aktiv beteiligen wollen und dies bereits tun.

**Europawahl.** Vom 22. Bis 25. Mai 2014 wählen rund 400 Millionen Menschen auf unserem Kontinent ihr gemeinsames Parlament. In Deutschland sind am kommenden Sonntag 64,4 Millionen Bürger aufgerufen ihre Stimmen abzugeben, davon 61,4 Millionen deutsche Staatsbürger. Zusätzlich können 2,9 Millionen weitere Bürger der EU, die in Deutschland wohnen, an der Wahl teilnehmen. 5,9 Millionen dieser Wähler geben zum ersten Mal ihre Stimmen bei der Wahl zum EP ab. Davon sind 5,4 Millionen Deutsche. Insgesamt bewerben sich 1.053 Kandidaten auf die 96 Sitze, die Deutschland im EP nach dem Vertrag von Lissabon zustehen. **Mit lediglich 327 Kandidatinnen stehen deutlich weniger Frauen als Männer**

**zur Wahl.** Es treten 25 Parteien und sonstige politische Vereinigungen an. Rund 630.000 ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer werden zum organisatorischen Gelingen der Wahl beitragen. In Deutschland gibt es 75.000 Urnen- und 150.000 Briefwahlbezirke. Bei der Europawahl gelten in Deutschland zum ersten Mal - anders als in vielen anderen europäischen Ländern - **keine Sperrklauseln** mehr.



**Wir wollen keine EU-Steuern und keine Vergemeinschaftung der Schulden! Eurobonds lehnen wir entschieden ab. Alle Staaten müssen für ihre Schulden selbst haften.**

**Deshalb CDU wählen!**

Auf der Webseite der [CDU Deutschland](#) können Sie sich ausführlich über das [Europawahl-Programm](#) informieren!

### **3. Fachgespräch zur Reform des EEG – mit Thomas Dörflinger und mir**

Gemeinsam mit Ihnen und unserem Kollegen Andreas Jung MdB, der sich als Mitglied im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie für die zügige Umsetzung der Energiewende einsetzt, möchten wir zu den Eckpunkten EEG-Reform ins Gespräch kommen.



Am **Mittwoch, 28. Mai 2014**, um  
17:30 bis 19:00 Uhr  
Ort: Restauration Rößle, Saal  
Alte Bundesstraße 33, 79194 Gundelfingen  
**Referent: Andreas Jung, MdB**  
**Bezirksvorsitzender CDU Südbaden**

Anmeldungen bitte an: [thomas.doerflinger@bundestag.de](mailto:thomas.doerflinger@bundestag.de)